



Protest gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten: 1.Mai-Demonstration 2008 in Dakar/Senegal. Die Demonstrantin zeigt u.a. ein Baguette, einen Wasserhahn und Teils eines Gaskochers [Foto: Georges Gobet / AFP-Photo]

Früher hieß es Internationalismus, heute ist von transnationaler Organisierung von unten die Rede. Auf jeden Fall geht es um globale Solidarität, die gemeinsame Karawane zum WSF ist lediglich ein erster Schritt.

500 x 50 €

Die Karawane ist für ihr Gelingen dringend auf Spenden angewiesen: Nicht nur AktivistInnen in Europa schlagen sich häufig mit prekären Jobs durchs Leben – vor allem die, die lediglich eine befristete Aufenthaltserlaubnis haben. Auch in Mali sind die Kassen der AktivistInnen leer, ein Umstand, der im statistisch gesehen fünf-ärmsten Land der Welt nicht weiter verwundern dürfte. Vor diesem Hintergrund wurden wir in den letzten Wochen immer wieder gefragt, ob die Karawane nicht auch kleiner ausfallen könnte, vor allem was die Beteiligung aus Europa betrifft. Wir finden die Frage berechtigt, gerade deshalb möchten wir näher auf sie eingehen: Die Karawane ist weder Bildungs- noch Begegnungsreise, sie möchte vielmehr einen Beitrag zur Vernetzung jener Basiskämpfe leisten, die sich für einen grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse einsetzen – sowohl innerhalb Afrikas als auch im afrikanisch-europäischen Gefüge. Neben gezielter Öffentlichkeitsarbeit steht deshalb der Austausch und die Diskussion unterschiedlicher Erfahrungen im Zentrum der Karawane – hierzu gehören auch politische Versammlungen mit der lokalen Bevölkerung an den jeweiligen Zwischenstopps. Eine andere Welt ist nur möglich, wenn Menschen in großer Zahl zusammenkommen und es zudem gelingt, auf der Basis gemeinsam entwickelter Analysen und Visionen kollektive Handlungs- bzw. Interventionsfähigkeit zu erlangen. Hierbei sollte unstrittig sein, dass Großprojekte wie die Bamako-Dakar-Karawane auch zukünftig die Ausnahme bleiben werden. Ihre Funktion ist vielmehr, Impulse zu setzen. Denn aus früheren, ebenfalls transnational verankerten Solidaritätsprojekten wissen wir, dass diese nur dort konkrete und langfristige Wirkungen entfaltet haben (wie z.B. in Nicaragua), wo die Aufgaben von Anfang an auf viele Schultern verteilt waren. 300 Karawane-AktivistInnen – die meisten aus Mali – scheinen uns deshalb keineswegs überdimensioniert zu sein, nicht zuletzt im Lichte der anstehenden Herausforderungen.

Aktuell fehlen noch 25.000 Euro für das Gesamtprojekt. Unser Spendenmotto lautet daher 500x50 Euro, wobei kleinere oder größere Beträge nicht minder willkommen sind! Spenden für die Karawane sind steuerlich absetzbar, weitere Informationen auf S. 4 oder unserer Webseite.

Bamako-Dakar-Karawane

Transnationaler Protest für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung

Die unscharfen Bilder der Überwachungskameras gingen rund um die Welt: Zwischen dem 29. September und dem 5. Oktober 2005 starben in Marokko mindestens 16 Flüchtlinge und MigrantInnen bei dem Versuch, mit selbstgefertigten Holzleitern den 6 Meter hohen High-Tech-Zaun zu den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla zu überwinden. Mehrere der Getöteten wiesen Schussverletzungen auf, andere waren in die Tiefe gestürzt oder am Reizgas der marokkanischen bzw. spanischen Polizei erstickt. Ihr vermeintliches Delikt war schlicht: Es bestand einzig und allein darin, das Recht auf Bewegungsfreiheit offensiv in Anspruch genommen, also das getan zu haben, was für InhaberInnen eines EU-Passes schon lange zur absoluten Selbstverständlichkeit geworden ist.

Die EU zog hingegen aus dem humanitären und politischen Desaster von Ceuta und Melilla ganz eigene Konsequenzen. Anstatt den Krieg gegen unerwünschte Flüchtlinge und MigrantInnen einzustellen, forcierte sie die Auslagerung ihres Grenz- und Abschieberegimes (vgl. S. 3). Zu erwähnen ist insbesondere die Einbindung der nordafrikanischen Länder in die Überwachung und Kontrolle der wichtigsten Flucht- und Migrationsrouten – im Austausch gegen meist läppische Zuge-

ständnisse bei Handelsabkommen, Entschuldungsiniciativen oder kontingierten Aufenthaltsgenehmigungen. Konsequenz war, dass immer mehr Flüchtlinge und MigrantInnen von der westafrikanischen Küste aus die lange und gefährliche Bootspassage zu den Kanarischen Inseln angetreten haben. Nach vorsichtigen Schätzungen hat dies allein in den Jahren 2006 bis 2008 über 10.000 Menschen das Leben gekostet. Mittlerweile zwingt die EU-Grenzschutzagentur Frontex Flüchtlingsboote bereits in westafrikanischen Hoheitsgewässern zur Umkehr, zudem wurden die Kontrollen auf dem afrikanischen Festland intensiviert. Beispielsweise ist die EU an der Überwachung sämtlicher sieben Grenzübergänge von Mali nach Mauretanien bzw. Algerien beteiligt – Hintergrund ist, dass Mali eines der wichtigsten Transitländer für Flüchtlinge und MigrantInnen aus Subsahara-Afrika ist.

Die Ereignisse in Ceuta und Melilla waren zweifelsohne schockierend, rückblickend haben sie sich jedoch für viele AktivistInnen in Westafrika als Aufbruchssignal entpuppt. Wegweisend dürfte in dieser Hinsicht insbesondere der im Januar 2006 anlässlich des polyzentrischen Weltsozialforums verabschiedete »Aufruf von Bamako für den Respekt und die Würde aller MigrantInnen und Migranten« gewese-

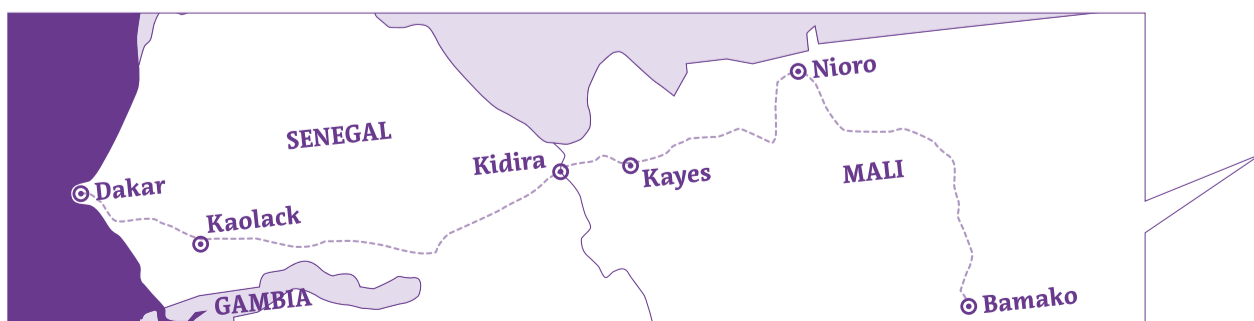
sen sein. Denn praktisch ist hieraus eine Vielzahl transnationaler Kooperationen entstanden, nicht nur innerhalb Afrikas, sondern auch zwischen afrikanischen und europäischen Basisinitiativen.

Jüngster Schritt war die Gründung unseres Netzwerks *Afrique-Europe-Interact*, an dem derzeit Gruppen aus Deutschland, Mali, den Niederlanden und Österreich beteiligt sind (vgl. S. 4). Was uns eint, ist die gemeinsame Überzeugung, dass sich an den aktuellen Verhältnissen nur etwas ändern lässt, wenn soziale Basisbewegungen aus Afrika und Europa in großem Stil gleichberechtigt, verbindlich und direkt zusammenarbeiten (vgl. nebenstehenden Spendenaufruf). *Afrique-Europe-Interact* ruft deshalb zusammen mit weiteren Netzwerken zu einer 10-tägigen Protest-Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung auf – erwartet werden 300 AktivistInnen, davon ca. 60 aus Europa. Die Karawane beginnt in der malischen Hauptstadt Bamako und führt über zahlreiche Zwischenstationen bis nach Dakar im Senegal, wo wir uns ab dem 6. Februar mit mehreren Workshops am 11. Weltsozialforum beteiligen werden.

Politisch verfolgen wir mit der Karawane zwei Zielsetzungen: Einerseits möchten wir die EU-Migrationspolitik in all ihren Facetten öffentlich-wirksam an den

Pranger stellen. Geplant sind mehrere Aktionen – unter anderem gegen *Frontex* und völkerrechtswidrige Pauschal-Abschiebungen (»Refoulements«), letzteres an einem kleinen, in der Nähe von Niore gelegenen Grenzübergang zwischen Mauretanien und Mali. Unsere Überzeugungskraft dürfte hierbei vor allem in der Vielfältigkeit der Erfahrungen bzw. Perspektiven liegen, die im Rahmen unserer Karawane zum Tragen kommen. Denn neben ehemaligen Abgeschobenen aus Mali werden auch FlüchtlingsaktivistInnen aus Deutschland und Ex-Sans Papiers aus Frankreich mit von der Partie sein (vgl. S. 4). Andererseits möchten wir im Zuge der Karawane die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken – beispielhaft erwähnt seien Privatisierungen, klientelistische Korruption oder der derzeit stattfindende Ausverkauf afrikanischer Böden an global operierende Investmentfonds, Banken und Konzerne. Denn das Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit ist nur die eine Seite der Medaille, nicht minder wichtig ist das Recht zu bleiben, also die Möglichkeit, zu Hause bzw. im Herkunftsland ein Leben unter sicheren, würdigen und selbstbestimmten Bedingungen führen zu können (vgl. S. 2).

Ob Migration oder neokoloniale Dominanz- und Ausbeutungsverhältnisse – es ist kaum zu bestreiten, dass Afrika nicht an sich arm ist, sondern arm gemacht wird. Was es braucht, ist also die Herausbildung einer transnationalen, in Afrika und Europa gleichermaßen verankerten Widerstandskultur von unten. Mit unserer Karawane möchten wir einen kleinen Beitrag in diese Richtung leisten, dafür sind wir auf politische und finanzielle Unterstützung angewiesen.



Im Januar 2006 beriet in Sikasso 5 Tage lang eine Jury aus 45 Kleinbauern & -bäuerinnen über die Einführung gentechnologisch veränderten Saatguts in Mali. 20 Lokalradios berichteten live. Das »Nein« am Ende war einstimmig – ein wichtiges Signal im Kampf gegen Monsanto, Syngenta & Co.



Proteste von Kleinbauern-Organisationen gegen die Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut, Bamako 2006 [Foto: Samba Ndiaye/AFP-Photo]

Gegen das teure Leben

Lebensmittel, Treibstoff & Stromversorgung als politisches Konfliktfeld

Seit Anfang 2008 rücken immer wieder Proteste, Streiks und Revolten in Ländern des Südens das Problem von Preissteigerungen und Lebensmittelkrisen in die weltweite Medienöffentlichkeit. Regierungen der Industriestaaten sowie IWF und Weltbank zeigten sich besorgt über wachsende »Sicherheitsrisiken« durch »Hungerrevolten« – unter anderem in Westafrika. Darin offenbart sich sowohl die Angst der Machteliten als auch ihre Ignoranz gegenüber dringenden Forderungen, die diese Kämpfe aufzeigen.

Zwischen Ende 2007 und Anfang 2008 waren viele Länder mit enormem Preisanstieg für Grundnahrungsmittel, Treibstoff und andere Güter des täglichen Lebens innerhalb weniger Monate konfrontiert. In Burkina Faso, ähnlich wie anderswo in Westafrika, stieg der Preis für Reis um 51%, für Teigwaren um 74%, für Milch um 118% und für Speiseöl um 142%. Wo über die Hälfte der Bevölkerung von weniger als einem Dollar pro Tag lebt, hat so etwas drastische Folgen. Viele WestafrikanerInnen mussten die Anzahl täglicher Mahlzeiten reduzieren und den Speiseplan auf einfachste Zutaten umstellen. Einer der Gründe für die dramatische Entwicklung ist der gestiegene Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen für Biokraftstoff. Außerdem sind Nahrungsmittel infolge krisenhafter Entwicklung an den Finanzmärkten zunehmend zum Spekulationsobjekt geworden. Die Weltmarktabhängigkeit der Lebensmittelpreise in Westafrika hängt wiederum damit zusammen, dass viele Grundnahrungsmittel wie Reis oder Mais nicht vor Ort produziert, sondern importiert werden. Historisch ist dies ein Erbe der Kolonialwirtschaft, in der einzelne Kolonien auf einseitigen Anbau bestimmter Exportgüter ausgerichtet wurden, außerdem hat die Handels- und Subventionspolitik der EU-Staaten eine Verdrängung afrikanischer ProduzentInnen verstärkt.

»La vie chère – das teure Leben« wurde seit den Preisexplosionen 2008 zum Inbegriff für Unzufriedenheit und Wut vieler WestafrikanerInnen über die zunehmende Prekarität der eigenen Existenz. Bis heute gingen Tausende in Senegal, Cote d'Ivoire, Mali, Togo, Kamerun, Burkina Faso und anderswo auf die Straße.

Senegal: Als erste reagierten Anfang 2008 die VerbraucherInnenverbände auf die Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Der Milchpreis hat sich verdoppelt, der Preis für einen Sack Reis ist um das Anderthalbfache gestiegen. Nach der Verhaftung der beiden führenden Verbandsfunktionäre kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften. Der Protest gegen das »teure Leben« ist großes Thema der gewerkschaftlichen 1. Maidemonstrationen. Die Regierung sieht sich gezwungen, Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs weiter zu subventionieren und Spekulationsgeschäfte stärker zu sanktionieren. 2010 gehen Tausende in vielen Städten gegen willkürliche Stromabschaltungen durch die Elektrizitätsgesellschaft Sénélec auf die Straße, ein 29-jähriger Demonstrant wird von Sicherheitskräften zu Tode geprügelt. Der Unmut richtet sich gegen eine soziale Gesamtsituation, die von steigenden Lebensmittelpreisen, schlechter medizinischer Grundversorgung sowie erschwerem Zugang zu Wasser und Strom geprägt ist.

Burkina Faso: Ende Februar 2008 werden bei militanten Protesten gegen drastische Lebensmittelpreissteigerungen Geschäfte, Tankstellen, Autos und Regierungsgebäude in Brand gesetzt. Am 8. und 9. April 2009 gibt es einen Generalstreik, zu dem eine Koordination von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aufgerufen hat. Trotz Hunderter von Verhaftungen muss das Regime von Blaise Compaoré Zugeständnisse machen: Preissenkungen und Preisfestsetzungen werden verkündet, Importzölle für Nahrungsmittel gesenkt

und ein Teil der strategischen Notvorräte in Umlauf gebracht. Die Privatisierung des Wasserversorgers *Onea* und der Elektrizitätsgesellschaft *Sonabel* wird gestoppt. **Togo:** Am 2. Juli 2010 gibt es aus Anlass der Erhöhung von Treibstoffpreisen einen Generalstreik, der trotz des Rückzugs der Gewerkschaftsführungen massiv befolgt wird. Aufgerufen hat ein Bündnis von Gewerkschaften und der VerbraucherInnen-Vereinigung Togos (ATC). Vorangegangen waren militante Proteste von Taxifahrern und anderen Transportarbeitern. Die Erhöhung von Transportkosten führt automatisch zur Preiserhöhung für Bedarfsgüter, außerdem existiert in Togo kein öffentlicher Personentransport, so dass Benzinpreiserhöhungen jedeN direkt treffen. Die Forderungen: »Nein zum teuren Leben in Togo, Nein zur Prekarität, Nein zur Armut und Nein zur sozialen Ungleichheit!«

Kamerun: Im Februar 2008 entwickelt sich aus einem Streik von Taxifahrern und Motorradtaxifahrern gegen hohe Benzinpreise ein landesweiter Aufruhr gegen das teure Leben und gegen das autokratische Regime unter Präsident Paul Biya. Die Erhebung wird durch das Militär blutig niedergeschlagen – ca. 200 Menschen werden getötet, über 1500 werden verhaftet.

Bei aller Komplexität der Motive und AkteurInnen verbindet diese Bewegungen der Kampf gegen weitere Einschränkungen ohnehin prekärer Existenzbedingungen. Das hat wenig zu tun mit dem hierzulande verbreiteten Klischee von »Hungerrevolten« als bewußt- und subjektloses Aufbegehren von Menschen, die von purer Verzweiflung »getrieben« sind. Vielmehr bringt sich hier eine politisierte Bevölkerung in Stellung, die ihre Bedürfnisse nicht der Selbstbereicherung korrupter und autokratischer Machteliten opfern will und sich auch nicht damit abfinden will, zu VerliererInnen einer ebenso profitorientierten wie krisenhaften Weltmarktlogik gemacht zu werden.

Lokalradios contra Weltmarkt

Stichworte zur sozialen Situation in Mali

Mali ist zweifelsohne eine der schillerndsten, ja paradoxesten Gesellschaften innerhalb Westafrikas. Einerseits zeichnet sich das Sahelland durch ein offenes politisches Klima mit zahlreichen Basisorganisationen, lokalen Selbstverwaltungsstrukturen und unabhängigen Medien aus – stellvertretend erwähnt sei etwa die riesige Zahl von 150 lokalen Radiosendern, mehr als in jedem anderen afrikanischen Land. Andererseits belegt Mali auf dem Human Development Index der Vereinten Nationen den 178. und somit fünfzigsten Platz.

33 Prozent der Kinder unter 5 Jahren sind unterernährt, gerade mal 50 Prozent der Menschen haben Zugang zu sauberem Trinkwasser, die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 53 Jahre, 75 Prozent der über 15-Jährigen können weder lesen noch schreiben. Die Verhältnisse sind mit anderen Worten komplex, sicherlich auch deshalb, weil interne und externe Faktoren eine für die große Mehrheit der Bevölkerung fatale Gemengelage bilden.

Geburtsstunde des »neuen« Mali war das Jahr 1991: Nach 23 Jahren Diktatur wurde Präsident General Traoré in einem klassischen, vor allem von SchülerInnen und StudentInnen getragenen Volksaufstand gestürzt. Bereits seit 1989 war der Unmut über mangelnde politische Beteiligungsmöglichkeiten, über die klientelistische Plünderung der Staatskasse und über die von IWF und Weltbank aufgezwungenen Strukturanpassungsprogramme (Kürzung der Sozialausgaben etc.) rasant angewachsen. Die anschließende juristische und politische Abrechnung mit der alten Garde war umfassend, seitdem gelten in Mali politische Rechte als hohes Gut: Die Wahlen sind frei, es gibt keine politischen Gefangenen, die Rede- und Versammlungsfreiheit ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen – gewährleistet. »Guten Tag, ihr korrupten Politiker! Guten Tag, ihr Diebe der öffentlichen Kassen! Guten Morgen, ihr Arbeitsscheuen!« Derart markig begrüßt beispielsweise der populäre Radiomoderator Amidu Diarra die politische Elite in seiner allmorgendlichen Radio-Sendung. Womit bereits der Nagel auf den Kopf getroffen wäre: Demokratie in Mali ist eine tönernen Angelegenheit, die meisten MalierInnen fühlen sich wie Statisten: Im Parlament wird französisch gesprochen, was gerade mal 40 Prozent der Bevölkerung wirklich verstehen – während umgekehrt Bambara praktisch überall in Mali als Alltagssprache fungiert. Noch gravierender ist die Korruption, hier unterscheidet sich Mali nicht weiter von anderen Ländern Afrikas: Rund ein Drittel der Entwicklungsgelder fließen in private Taschen, Staatsbetriebe werden zu bizarr niedrigen Preisen privatisiert, Minen-Unternehmen im hochgradig profitablen Goldsektor genießen großzügige Steuererleichterungen – um nur drei Beispiele zu nennen.

Es kann also kaum verwundern, dass im Jahr 2003 das Parlament nicht befragt wurde, als der Dakar-Niger-Express auf Betreiben der Weltbank an das franzö-

sisch-kanadische Konsortium *Canac-Getma* verkauft wurde. Die Folgen der Privatisierung der 1.259 Kilometer langen Schmalspurbahn zwischen Dakar und Bamako waren gleichwohl dramatisch: Entgegen vertraglicher Absprachen wurde der Personenverkehr zugunsten des Gütertransports massiv eingeschränkt. 632 gewerkschaftlich organisierte Eisenbahner verloren ihren Job, zudem wurden 26 von 36 Bahnhöfen dicht gemacht und somit ganze Dorf-Ökonomien entlang der Strecke dem Ruin preisgegeben. Bereits früh haben EisenbahnerInnen aus Mali und Senegal zusammen mit Bauern und Bäuerinnen, HändlerInnen und anderen Betroffenen das Bündnis für die Rückgabe und Weiterentwicklung des Schienennetzes *Cocidrail* gegründet. Durch zahlreiche Protestaktionen konnte die Privatisierung zwar zu einem innenpolitischen Topthema in Mali gemacht werden, handfeste Erfolge stehen aber noch aus.

Nicht minder problematisch sind die Entwicklungen im Baumwollsektor: Allein in Mali leben 3,4 Millionen Menschen von Einnahmen aus dem Baumwolllexport. Gleichzeitig ist die Ertragslage hochgradig prekär. Denn die USA unterstützt ihre 25.000 Baumwollbetriebe mit 4,8 Milliarden US-Dollar jährlich, wodurch die Weltmarktpreise um ca. 26 Prozent gedrückt werden. Konsequenz ist, dass die malische Exportgesellschaft CMDT die Baumwolle aus Mali nicht mehr gewinnbringend verkaufen kann und immer mehr Bauern und Bäuerinnen auf Mais oder Hirse umsatteln müssen – ein Umstand, der darüber hinaus auch bei der weiterverarbeitenden Industrie extrem negativ zu Buche schlägt (insbesondere bei der Herstellung von Pflanzenöl aus Baumwollsaamen). Wir grotesk die globalen Machtungleichgewichte sind, zeigt eine simple Rechnung: Jeder US-Baumwollfarmer wird jährlich mit 100.000 Dollar subventioniert, eine Summe, für die ein Baumwollbauer in Mali etwa 1000 Jahre arbeiten müsste.

Ein jüngerer, ebenfalls im landwirtschaftlichen Sektor angesiedelter Konflikt ist der Ausverkauf afrikanischer Böden an global operierende Investoren – sei es für den Anbau von Export-Getreide oder von so genannten, klimapolitisch kontraproduktiven Agrotreibstoffen. Dick im Geschäft sind in Mali unter anderem libysche Unternehmen, Kleinbauernorganisationen sprechen bereits jetzt von massiven Landvertreibungen.

Spätestens vor dem Hintergrund solcher und vieler weiterer Problemkomplexe dürfte auch die enorme Bedeutung von Migration in Mali nachvollziehbar werden: Ein knappes Viertel der Bevölkerung – also 4 Millionen Menschen – befindet sich in der (Wander-)Migration, die meisten in westafrikanischen Nachbarländern, manche auch in Europa (vgl. Interview S. 3). Die darin zum Ausdruck kommende Selbstermächtigung ist für die Bamako-Dakar-Karawane genauso bedeutsam wie viele der hier (allenfalls) andeutungsweise zur Sprache gekommenen Kämpfe und Auseinandersetzungen.



Forum zu Landvertreibungen, Bamako Juni 2010 [Foto: Fassery Traoré/MSV]

Recht zu bleiben, Recht zu gehen

Interview mit Alassane Dicko (AME)

Was bedeutet Migration für Mali heute?

Familien ohne mindestens einen Angehörigen außerhalb Malis sind heutzutage selten. Migration ist die Hauptalternative für junge und in prekären Situationen lebende Menschen, die auf der Suche nach Möglichkeiten für ein besseres Leben sind. Privatisierung von Unternehmen und Landenteignungen stürzen Millionen Menschen in Unsicherheit über ihre Zukunft, das treibt sie erst recht an, über ein besseres Leben irgendwo anders nachzudenken.

Die AME kämpft nicht nur für Bewegungsfreiheit, sie plädiert auch dafür, dass die Menschen in Mali bleiben und dort für einen generellen Wandel der Gesellschaft kämpfen sollen. Ist das eine realistische Option?

Die Jugend von heute sollte sich an den Aktionen zur Veränderung in unserem Land orientieren, anstatt immer nur irgendwo anders hingehen zu wollen. Unsere Ziele basieren auf der Wertschätzung des Lokalen, des Individuums und der regionalen Produktion. Neben der Bewegungsfreiheit betonen wir auch das Recht zu bleiben, also die Möglichkeit, sich im eigenen Lande zu verwirklichen. Denn das ist der Punkt, an dem gegen die Globalisierung und Ungerechtigkeit gekämpft werden muss. Die Alternative soll nicht das Überleben in Armut sein, sondern der Kampf mit den jeweils eigenen Mitteln und Kapazitäten, um die Dinge voranzutreiben. Aber prinzipiell gilt: Jeder ist frei und soll gehen, wohin er will, das ist die Grundlage.

Nochmal zurückgefragt: Ist das realistisch, könnten die Menschen auf das Geld aus der Migration tatsächlich verzichten?

Sicherlich, viele befinden sich in einem Dilemma der Optionslosigkeit. Gleichzeitig haben die Familien begriffen, dass junge MigrantInnen nicht mehr die gleichen Werte haben wie die erste Generation. Anders als noch vor 10 Jahren wird weniger Geld nach Hause geschickt. Nach unseren Beobachtungen erwarten die Familien heute nicht mehr automatisch Geld von den MigrantInnen, denn sie sehen, dass sich die Einstellungen geändert haben und dass die Schwierigkeiten mit Papieren und Arbeit ebenfalls größer geworden sind, insbesondere durch die Weltwirtschaftskrise.

Wie beschreibt ihr Migration generell, handelt es sich auch einen Kampf um Beteiligung am globalen Wohlstand?

Wie ihr wisst, ist die Migration für uns Malier sozial recht stark verankert. Aufbrechen bedeutet, Anderem und Neuem zu begegnen, das heißt Entdeckungen zu machen, die den Menschen bereichern. Weggehen bedeutet für uns auch, immer schon die Rückkehr vorzubereiten, und sollte man nicht Gold mitbringen, dann sind es Erkenntnisse, die heimkehren. Aber es ist wahr, dass die Migration zugleich wie eine Antwort auf die Verzweiflung der Bevölkerung erscheint, die auf eine bessere Zukunft schaut. Gerade deshalb fordern wir soziale Gerechtigkeit und gerechte Entwicklung. Wir können »Nein« sagen und unsere Regierung zum Einlenken zwingen, so dass unser Stück vom globalen Wohlstandskuchen zu Hause bleibt, anstatt dass unsere Brüder und Schwestern sich ins Ungewisse stürzen, um es woanders zu finden. Unser Kampf orientiert sich an der Kontrolle über unseren Kuchen und dessen Geschmack.

Hat sich die Haltung gegenüber Abgeschobenen durch eure Sensibilisierungskampagnen geändert, werden sie inzwischen seltener als Versager stigmatisiert?

In einem sozialen Umfeld, in dem man »das Reisen« schätzt, bleibt die Vorstellung, dass ein Familienmitglied »unter Zwang« zurückkommt, vor allem kulturell unverstanden. Das gilt um so mehr, wenn MigrantInnen große Investitionen in Immobilien in ihren Herkunftsländern tätigen. Denn dann werden sie wie Helden betrachtet, was bei anderen die Idee nährt, ebenfalls abwandern zu wollen. Unsere Sensibilisierungskampagnen bringen abgeschobene MigrantInnen mit Familien anderer MigrantInnen zusammen und fördern den Austausch ihrer Erfahrungen. So

ist viel Verständnis für die Hintergründe und Auswirkungen von Abschiebungen entstanden.

Was bedeutet für dich die Forderung nach gerechter Entwicklung?

Mit dem Begriff der gerechten Entwicklung kritisieren wir die Einseitigkeit der angewandten Lösungen und Programme. Insbesondere lehnen wir es ab, dass Entwicklungshilfe an Voraussetzungen gebunden wird. Wenn man große Budgets für die Aufstockung der mobilen Einheiten zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung bewilligt und dann die Richtlinien und Gesetze verschärft, wie man ein Visum bekommt, und wenn es gleichzeitig kaum Möglichkeiten gibt, sich zu Hause verwirklichen zu können, muss man sich schon die Frage stellen, was wir eigentlich für eine Beziehung zur EU und anderen Aufnahmeländern haben? Unsere Regierung beteiligt sich an der Durchsetzung von Programmen, deren verstecktes Ziel es ist, die Interessenswahrung der Geldgeber zu fördern, und zwar zum Nachteil der eigentlichen Anliegen und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung in Mali. Das lehnen wir ab.

Was erwartet ihr von der Kooperation mit Europäischen AktivistInnen?

Die Solidarität zwischen uns führt den Regierungen vor Augen, dass wir durch internationale Mobilisierung im Stande sind, Druck aufzubauen und dass wir in Mali nicht von der Welt isoliert sind. Unsere Vorgehensweise hat darüber hinaus zum Ziel, die Wachsamkeit der Bevölkerung hier und in Europa zu wecken, auch indem wir informieren und kritische Gegenvorschläge entwickeln.

Alassane Dicko ist Aktivist bei der »Assoziation der Abgeschobenen« (AME) Malis und beteiligt sich an der Vorbereitung der Bamako-Dakar-Karawane. Er ist selbst dreimal abgeschoben worden, einmal aus der Elfenbeinküste 2005 und zweimal aus Europa.

»Europa schließt unsere Grenzen!«

Externalisierung der europäischen Migrationspolitik

Aus dem EU-Fond Aeneas kommen die Mittel, um 17 neue Grenzstationen in Mali zu finanzieren. Sie sollen eine effektivere Kontrolle der Transitmigration ermöglichen. Auf der anderen Seite der Grenze, nahe der mauretanischen Hafenstadt Nouadhibou, wurde mit Geld und technischer Hilfe aus Spanien ein geschlossenes Lager errichtet. Dort landen viele der Flüchtlinge und MigrantInnen, die von den kanarischen Inseln abgeschoben oder bereits entlang der westafrikanischen Küste abgefangen wurden. Die Jagd auf die Boatpeople wird auch von Dakar aus gestartet, mit spanischen Schiffen im Rahmen eines Frontex-Einsatzes – und rund 1300 km von der Südspitze Europas entfernt!

»Europa schließt unsere Grenzen!« formuliert die senegalesische Zeitung *Le Soleil* angesichts eines Migrationsregimes, das nicht nur den westafrikanischen Regierungen in neokolonialer Manier aufgezungen wird. Spätestens seit 2001 hat die EU ihre Mitgliedsländer aufgefordert, keine Wirtschafts- und Entwicklungshilfeverträge mit Ländern des globalen Südens mehr abzuschließen, wenn nicht im Gegenzug migrationspolitische Vereinbarungen erfüllt werden. Rückübernahmeabkommen stehen an erster Stelle und verlangen von den Zielländern nicht nur die Bereitschaft, der Abschiebung der eigenen Staatsbürger zuzustimmen, sondern auch der Aufnahme von DrittstaatlerInnen. So sind im Haftlager von Nouadhibou Menschen aus ganz unterschiedlichen afrikanischen Ländern eingesperrt, um sie weiter Richtung Mali abzuschleppen.

Vor gut 5 Jahren startete die europäische Grenzschutzagentur mit einzelnen Pilotprojekten. Heute ist Frontex im militarierten Dauereinsatz gegen Flüchtlinge und MigrantInnen. Tausende sterben auf See, weil sie auf immer riskantere Routen gedrängt werden. Das Abfangen und »Umdrehen« der Bootsflüchtlinge ist das

tägliche Geschäft von Frontex: vor den Küsten Westafrikas (*Operation Hera*), in der Ägäis (*Operation Poseidon*) oder im Mittelmeer (*Operation Nautilus*). Die Arbeitsteilung mit den spanischen, griechischen oder italienischen Grenzern ist eingespielt. Refoulement – illegale Rückschiebungen – laufen unter nationaler Kompetenz. Und Frontex unterstützt, wertet aus und moderiert. Das skandalöseste Beispiel ist Italiens Rückweisungspraxis nach Libyen. Im März 2009 unterzeichneten Berlusconi und Gaddafi einen Freundschaftsvertrag. In der Folge wurden die von der zuständigen *Guardia di Finanza* abgefangenen Boatpeople zunächst nach Tripolis zurückgebracht, mittlerweile werden sie an libysche Einheiten auf See übergeben. Der Zugang zum Asylverfahren wird systematisch verweigert, Willkür bis Folter an eritreischen und somalischen Flüchtlingen in libyschen Haftlagern hat *amnesty international* unlängst erneut dokumentiert. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die Libyen nie unterzeichnet hatte, ist quasi auch von Italien außer Kraft gesetzt. Frontex toleriert diese unrechtmäßigen Abschiebungen, ja die EU-Agentur koordiniert und bilanziert die lebensgefährlichen Praktiken der Jagd auf MigrantInnen. Die Effizienz des Abschreckungsregimes hat Priorität, Menschen- oder Flüchtlingsrechte spielen keine Rolle mehr.

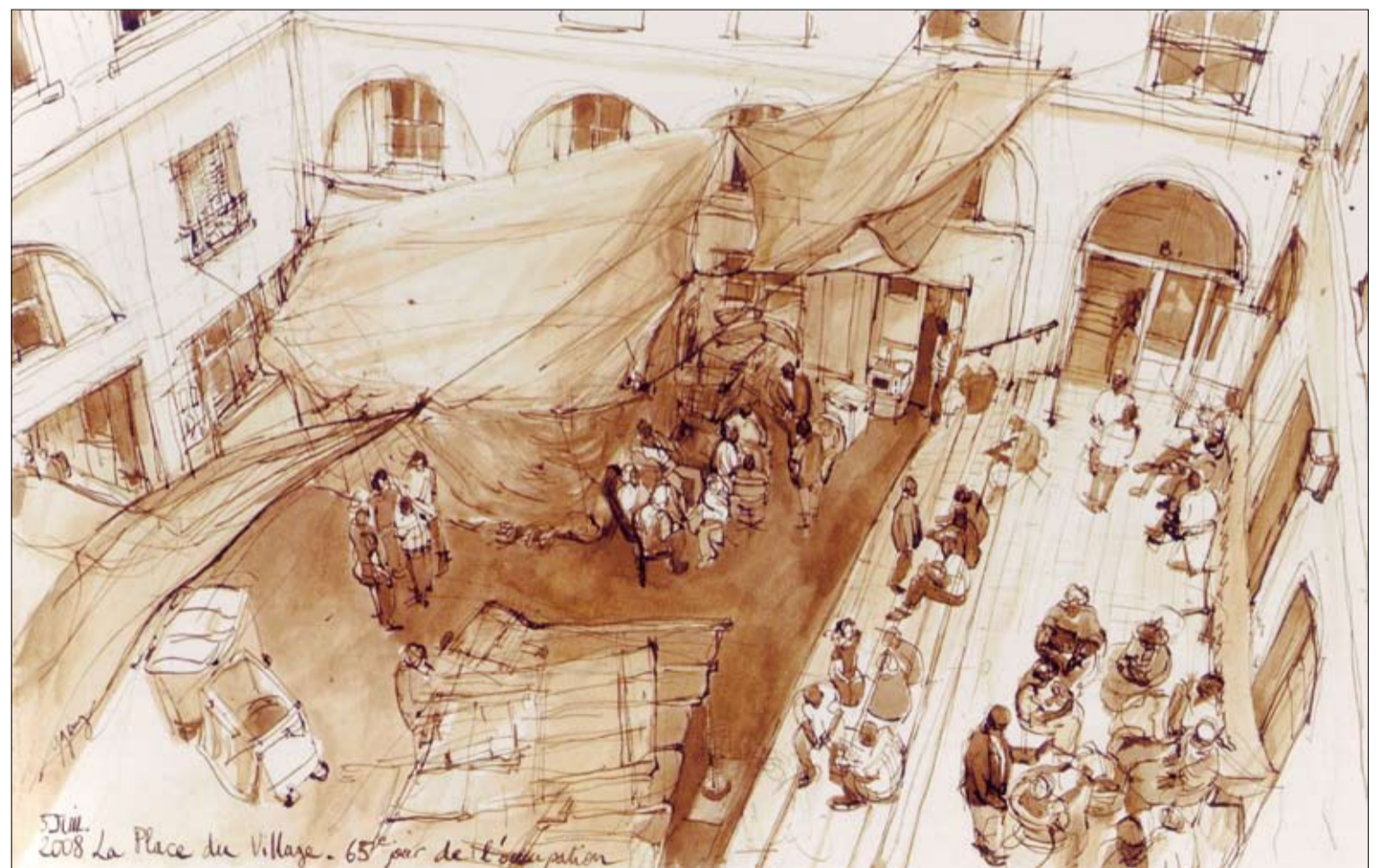
»Frontex hat den Auftrag, die Entwicklung des Europäischen Grenzüberwachungssystems (EuroSur) zwischen den Mitgliedstaaten zu koordinieren und den Austausch der Überwachungsdaten an den östlichen und südlichen Grenzen bis zum Jahr 2013 sicherzustellen«. So formuliert es das Stockholmer Programm, der aktuelle 5-Jahres-Plan für Justiz und Inneres des EU-Rates. Frontex soll alle verfügbaren Mittel im »Kampf gegen die illegale Migration« zum Einsatz bringen, von Drohnen (unbemannte Fluggeräte) über biometrische Überwachungstechnologien bis hin zur Ausstellung falscher Identitäts-

papiere. Und Frontex erscheint als eigenständige treibende Kraft bei der weiteren Externalisierung, der Vorverlagerung des Grenzregimes in die Transit- und Herkunftsländer der Flüchtlinge und MigrantInnen. Eigene Kooperationsverträge mit der Ukraine, der Türkei oder auch wieder Libyen zielen darauf, diese unmittelbaren Nachbarstaaten zu immer perfekteren Wachhunden der EU abzurichten.

Mit schnellen Eingreiftruppen ist Frontex seit Oktober 2010 an der griechisch-türkischen Landgrenze zum ersten Mal im sog. »Rabit-Einsatz«. Griechenland ist gleichzeitig Testfeld für ein verstärktes Engagement der Euro-Grenzer bei »Joint Return Operations«. 32 Sammel-Abschiebungen hat Frontex 2009 quer durch Europa koordiniert, Tendenz steigend. Die »Charter der Schande«, für die Frontex zukünftig ein eigenes Flugzeug anschaffen will, gingen zumeist nach Afrika, vor allem nach Nigeria. Sei es gegen Menschen ohne Papiere innerhalb der EU oder gegen Bootsflüchtlinge an den Außengrenzen: Frontex ist der Inbegriff für ein brutales und tödliches Testfeld der Migrationskontrolle. Frontex symbolisiert damit einen der zentralen Gegenspieler im Kampf um globale Bewegungsfreiheit. Und in der Ausrichtung ist Frontex – zugespitzt formuliert – ein Kampfprogramm gegen die afrikanische Migration.

Mit »Frontexplode« wurde 2008 eine transnationale Kampagne gestartet, um die Machenschaften der »Agentur« anzuprangern und – wo möglich – auch direkt zu stören. Das soll im Februar in Dakar eine Fortsetzung finden: Mit 100 Pirogen wollen senegalesische AktivistInnen in Form einer Regatta gegen den Frontex-Einsatz vor der westafrikanischen Küste protestieren. Die Buskarawane von *Afrique-Europe-Interact* wird die Aktion mit aller Kraft unterstützen.

www.frontexplode.eu
www.frontex.antira.info | www.w2eu.net



Besetzung des CGT-Gewerkschaftshauses in Paris durch Sans Papiers (Mai 2008 - Juni 2009) [Zeichnung: Laura Genz]

Seit ihren frühen Anfängen spielen MigrantInnen aus Mali eine tragende Rolle innerhalb der französischen Sans Papiers-Bewegung. Bereits in den 1960er Jahren haben Malier regulär in der französischen Automobilindustrie gearbeitet, erst die späteren Einwanderer-Generationen wurden massiv in die Illegalität abgedrängt.

In den 1960er & 1970er Jahren wurden in der westdeutschen Solidaritätsszene viele grundsätzliche Hoffnungen auf antikoloniale Befreiungsbewegungen in den Ländern des Südens projiziert. Diese Zeiten sind schon lange vorbei. In Kurzinterviews berichten vier an der Karawane beteiligte FlüchtlingsaktivistInnen über ihre Kämpfe in Europa und wie die dort gesammelten Erfahrungen auf Kämpfe in Afrika bezogen werden könnten.



Gedenken Oury Jalloh 2009 in Dessau [Foto: Marco del Pra/Umbruch Bildarchiv]



Karawane-Festival in Erinnerung an die Toten der Festung Europa (2010) [Foto: heba / Umbruch Bildarchiv]

1 Die Rechte von Frauen

In allen Fällen sind es die Frauen, die am verletzlichsten sind – sei es durch Krieg oder durch Ehemänner, oder Familien, welche emanzipierte Frauen nicht wollen. Frauen, die deswegen aus der afrikanischen Gesellschaft ausgewiesen wurden und hier ankommen, sind außerdem von allen Formen des Rassismus betroffen. Die Frauen, die dann wieder abgeschoben wurden durch den Rassismus Weißer, leiden jetzt dort drüben immer noch unter dieser Herrschaft. Meine Motivation ist es, gegen all das etwas zu tun. Ich kämpfe für die Rechte von Frauen und gegen Rassismus – gegen alle Formen des Rassismus gegen Frauen. Ich habe Afrika verlassen, weil ich dort Schwierigkeiten hatte und in Europa erlebe ich, wie ich als Gefahr für die Gesellschaft wahrgenommen werde, wie Schwarze automatisch die Identität eines Kriminellen bekommen.

Ich, als Afrikanerin, die in Europa lebt, kann in Afrika anders von dem erzählen, was hier in Europa passiert, als wenn eine Weiße/ein Weißer darüber spricht. Wenn sich eine weiße Person vor AfrikanerInnen stellt, kann es passieren, dass sie denken, die Weißen sind alle gleich und wollen nicht, dass wir nach Europa kommen. Aber wenn ich in Afrika bin und etwas erzähle, werden sie es besser verstehen.

Ich möchte den Frauen und Mädchen in Afrika zuhören, möchte von ihren Problemen und ihren Demütigungen wissen, ihre Ideen und ihren Kampf kennenlernen, um sie zu bestärken und um zu sehen, welche Wege es geben kann. Das können nur sie wissen. Aber es fehlt das Vertrauen zu sprechen. Das muss zum Thema gemacht werden in unseren Treffen in Afrika. Schwestern, es ist vorbei – wir müssen sprechen über all diese sexuelle Gewalt, über patriarchale Gewalt, über all das muss gesprochen werden, um Kampagnen dagegen zu machen. Ich möchte die Frauen und Mädchen bestärken und ihre Ideen befreien, um dem Einhalt zu gebieten, um Nein zu sagen zu der Gewalt, Nein zu Rassismus und allen Formen, die Frauen terrorisieren in Mali und hier.

Ich bin sehr interessiert an einer langfristigen Perspektive der Karawane und möchte als Aktivistin dabei sein. In diesem Moment erhebe ich mich und spreche, aber für mich bedeutet die Karawane, dass es viele verschiedene Stimmen zusammen gibt, die sich damit ermächtigen. Das ist ein besserer Weg, hoffe ich.

Adjovi Boconvi, Transnationales Aktionsbündnis Dortmund

2 Wahrheiten

Ich denke, dass wir nach zehn Jahren, in denen wir für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der MigrantInnen in Südspeanien gekämpft haben, darüber nachdenken müssen, wie wir gegenüber denjenigen, die nicht oder noch nicht ausgewandert sind, über den Rassismus und die Ausbeutung in Europa sprechen können. Wir MigrantInnen haben nie den Mut gefunden, die Wahrheit über die Probleme zu sagen, die wir hier erleben. Dieses »top secret« hat dazu geführt, dass unzählige Menschen im Meer gestorben sind und die Idee genährt wurde, dass Europa ein Eldorado ist. Ich denke, es ist nun an der Zeit, diesen Mythos zu zerstören und zu beginnen, die Länder des Südens aufzubauen.

Allerdings ist klar: Die Grenzen innerhalb von Afrika bestehen nur aufgrund der Gewalt des Occidents. Heute zeitigt diese Logik noch viel schlimmere Konsequenzen: Mittels der Grenzschutzagentur *Frontex*, die auch in Marokko und im Senegal operiert, wird ein Krieg gegen Flüchtlinge und MigrantInnen geführt. *Frontex* ist für die Opfer der Migration verantwortlich, da sie die MigrantInnen dazu gezwungen hat, immer gefährlichere Routen über das offene Meer zu wagen.

Der Schritt, von zu Hause wegzugehen, wird in unseren Ländern immer als große Leistung betrachtet. Diese Männer und Frauen verlassen ihr Land, ihre Familie und ihre FreundInnen nicht aus freien Stücken – es ist nie leicht wegzugehen. Wenn man vor Ort ist, versteht man auch, warum viele LandwirtInnen das Handtuch geworfen haben und wie viele andere in die Großstädte oder ins Ausland emigriert sind. Die multinationalen Konzerne kaufen das kultivierbare Land auf und geben die Preise für die Produkte auf den Märkten von Dakar oder Bamako vor.

Ich fahre auf der Karawane mit, um mit meinen Brüdern und Schwestern in Mali und Senegal darüber zu diskutieren, welche unrühmliche Rolle die europäischen Länder bei der Ausbeutung Afrikas spielen. Sie bezeichnen sich als Unterstützer und Freunde Afrikas, während sie gleichzeitig stets in Komplizenschaft mit den Eliten unserer Länder agieren und die Kinder Afrikas ins Gefängnis stecken, umbringen und abschieben. Wovon hat Europa Angst?

Spitou Mendy, LandarbeiterInnen-gewerkschaft SOC/Andalusien (früher Gewerkschafter im Senegal)

3 Bewegungen

Ich habe acht Jahre meines Lebens im Jungle-Heim in Mecklenburg-Vorpommern verbracht. Ich wurde Asylbetrüger genannt, kriminalisiert und habe ständig unter Angst und der Bedrohung mit Abschiebung gelebt. Aber mit dieser Gefahr im Rücken ist keine Integration möglich, dadurch schaffst du nur zwei Gesellschaften. Als ich dann die Möglichkeit hatte, was über Kapitalismus zu wissen, habe ich mich richtig informiert und deswegen versuche ich jetzt hier in Deutschland, was über Lager zu erzählen und dafür zu kämpfen, dass die Leute hier auch andere Chancen haben können. Ich habe einfach nur Glück gehabt, dass ich nicht abgeschoben worden bin.

Ich möchte gerne bei der Karawane dabei sein, weil ich gegen das Grenzregime hier in Europa demonstrieren und über die Kämpfe gegen Lager, Polizeikontrolle und Abschiebung erzählen will. Aber das heißt nicht, dass wir versuchen, die Leute zu erschrecken – nein, wir versuchen zu sagen, ihr habt das Recht hierher zu kommen, ihr habt das Recht auf freie Bewegung, aber ihr habt auch das Recht, zu kämpfen und euch zu organisieren.

In Afrika muss auch eine Bewegung entstehen. Dort müssen Kämpfe geführt werden und ich will die AME dabei unterstützen. Ich war vor einem Monat dort wegen eines Vorbereitungstreffens und ich habe das Gefühl, dass es viele Initiativen gibt, denen Migration und Bewegungsfreiheit ganz wichtig ist. Es geht mir darum, ein Projekt aufzubauen, bei dem verschiedene Gruppen aus Afrika und Europa sich austauschen und gemeinsam Aktionen machen. Und dass wir durch unsere Karawane einfach diese Wut zum Weltsozialforum mitbringen und dort Krach machen. Ich habe auch gemerkt, dass sich in Mali politisch ‚was bewegt‘. Mali ist ein Land, wo Migration ein ganz großes Thema ist, wo es ganz viele Bewegungen von Menschen gibt. Viele Westafrikaner, die versuchen über Mali nach Europa zu kommen und viele, die abgeschoben werden nach Mali und die dort versuchen zu überleben. Viele junge Menschen sterben auf dem Weg hierher und das ist unrecht. Die sind jung, die haben Power, die haben Ideen und dadurch kann Afrika sich entwickeln. Ich habe das Gefühl, dass Afrika Information braucht, kein Geld und keine Grenzen. Der Anfang ist schwierig, man muss sich viel erklären, aber es geht um den Austausch und der Rest kommt noch. Es freut mich, dass die linke Szene endlich auch mal nach Afrika schaut.

Riad Ben Ammar, NoLager MecklenburgVorpommern

4 Austausch und Revolte

Als Migrant oder als Schwarzer bist du gezwungen, politisch zu sein. Als ich von Oury Jalloh gehört habe, war ich schockiert, habe ich meine Wut rausgelassen und dann haben wir uns organisiert. Es geht darum, endlich aufzuklären, was hier in Deutschland vor sich geht und was das heißt für den Rest der Welt.

Was mir an der Karawane gefällt, ist, dass wir nicht vorhaben irgendjemanden von der Reise nach Europa abzuhalten, wir haben aber auch nicht vor, sie alle einzuladen. Wir wollen uns einfach austauschen mit der Hoffnung, dass wir auf andere Lösungen kommen. Wir wollen, dass ein Kommunikationsnetzwerk zwischen Migranten und ihren Leuten in der Heimat entsteht. Und das haben wir Menschen zu verdanken, die auf die schrecklichste Art abgeschoben wurden und sich von dort aus ihre Menschenrechte zurückholen. Wir sind Eingeladene.

Migration ist eine Option, vielleicht müssen wir daran arbeiten, die Reisewege zu verbessern – Leute begleiten oder Wachposten aufstellen. Seit ich den deutschen Pass habe, frag' ich mich, ob ich jetzt eigentlich auf der richtigen Seite der Mauer stehe oder ob ich schnell wieder rüberspringen soll.

Von Afrika aus gesehen, reicht schon die körperliche Unversehrtheit, aber was hier für Mechanismen am Werke sind und was das mit der Psyche macht, das können sie nicht wissen. In Afrika muss man thematisieren, dass wer mit leeren Händen abgeschoben wird, kein Versager ist. Und Oury Jalloh ist ein Fakt, da werden keine Bilder zur Abschreckung erfunden.

Wichtig ist, um glaubwürdig zu sein, dass wir uns einig sind, wer zu welchem Thema spricht, Afrikaner oder Europäer, und welche Forderungen an wen gerichtet werden. Die Karawane ist für mich eine hoffnungsvolle Bewegung, so 'ne Art Stein, der ins Rollen kommt, der sich auf ganz Afrika erstreckt. Die spontanste Reaktion der Menschen ist die richtigste für mich. Vielleicht so 'ne Art Revolte, wo die Menschenmassen wirklich ihre korrupten Vertreter an die Leine nehmen. Es muss was Langfristiges sein, weil die Menschen in den Gefängnissen und die Menschen, die los wollen, immer noch da sind!

Abraham Habtemariam, Initiative in Gedenken an Oury Jalloh

Afrique-Europe-Interact

Afrique-Europe-Interact ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, welches im Oktober 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind AktivistInnen aus Mali, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – Interessierte sind jederzeit willkommen! In Mali haben sich etwa 10 Gruppen dem Netzwerk angeschlossen. Die meisten sind in der praktischen Unterstützung von Abgeschobenen aktiv, mehrere der Gruppen wurden von Abgeschobenen selbst gegründet. Neben direkter Hilfe spielen in der alltäglichen Arbeit insbesondere entwicklungspolitische Zielsetzungen eine zentrale Rolle. Aus Deutschland sind in erster Linie antirassistische Basisinitiativen und selbstorganisierte Flüchtlingsgruppen beteiligt. Viele der Akteure kennen sich von früheren Kampagnen, insbesondere den Aktionen des NoLager-Netzwerks (2002-2007) sowie der antirassistischen Mobilisierung anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm (2007). Aus Österreich und den Niederlanden sind u.a. das Europäische BürgerInnenforum Wien sowie die antirassistische Organisation all included/Amsterdam dabei. Mehr Infos zu unseren Aktivitäten und Themen: www.afrique-europe-interact.net.

Aktivitäten

// KARAWANE // Treffpunkt für die Karawane ist der 25. Januar 2011 in Bamako. Ab dem 26. Januar werden wir per Bus die 1.200 Kilometer lange Strecke nach Dakar zurücklegen – mit Zwischenstopps sowohl in Mali als auch im Senegal. Neben Aktionen in Bamako, Nioro und Dakar sind insbesondere öffentliche Versammlungen und Veranstaltungen geplant, außerdem werden wir uns mit weiteren Karawanen zusammenschließen. Mehr Infos: www.afrique-europe-interact.net

// CHARTA // Am 4. und 5. Februar werden AktivistInnen von Afrique-Europe-Interact auf der vor Dakar gelegenen Insel Gorée an der Globalen Charta der MigrantInnen teilnehmen – einem von selbstorganisierten MigrantInnengruppen aus Marokko initiierten Strategie-Kongress. Mehr Infos zur Charta: www.cmmigrants.org/goree

// WSF // Afrique-Europe-Interact wird sich mit 9 eigenen Workshops am 11. Weltsozialforum in Dakar beteiligen (6. bis 11. Februar 2011). Dabei werden wir auch mit anderen Gruppen, Organisationen und Netzwerken kooperieren. Aus Deutschland werden dies die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Institut für Theologie und Politik/Münster sein. Mehr Infos zum WSF: <http://fsm2011.org/en>

Spenden & Solidarität

Die Bamako-Dakar-Karawane ist dringend auf Spenden angewiesen. Jede Spende ist willkommen – ob 10, 100 oder 500 Euro. Wer viel spendet (Selbsteinschätzung), erhält als Dankeschön die Video-Dokumentation unserer Karawane. Spenden sind steuerlich absetzbar, Adresse bitte angeben. Spenden können online über unsere Webseite oder per Überweisung getätigt werden. Auf unserer Webseite befinden sich zwei Spendenaufrufe: Ein Basisaufruf und der Aufruf »Projekt zurück! ReisebegleiterInnen gesucht!«. Bei Interesse schicken wir die Aufrufe gerne per Post zu, das gilt natürlich auch für diese Zeitung.

Kontakt: afrique_europe_interact@yahoo.de oder 01578 / 485 29 21

Initiative Zusammen Leben e.V.

Kto.-Nr. 17 44 96 53
BLZ 120 300 00
Deutsche Kreditbank
IBAN: DE11 1203 0000 0017 449653
BIC: BYLADEM1001

Neben zahlreichen Einzelspenden wird die Karawane bislang von folgenden Organisationen unterstützt: Aktion Selbstbesteuerung e.V., Stiftung Nord-Süd-Brücken, Rosa-Luxemburg und Grüne Bildungswerkstatt Wien.

Impressum

Hrsg. Afrique-Europe-Interact & Ökogeist e.V. Bernau
// **Unterstützung** Diese Zeitung wurde von der Stiftung Nord-Süd-Brücken aus Mitteln des BMZ finanziert. Die Agentur AFP hat Fotos kostenlos zur Verfügung gestellt // **Bilder** Samba Ndiaye, Georges Gobet, Fassery Traoré, Laura Genz, Marco del Pra, heba // **Gestaltung** Laura Maikowski, www.bildargumente.de
// **V.i.S.d.P.** Olaf Bernau, c/o St. Pauli-Str. 10-12, 28203 Bremen //